

Germany-Diez: Architectural, construction, engineering and inspection services

OJ S 231/2018 30/11/2018

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Diez, vertreten durch die Niederlassungsleitung

Postal address: Goethestraße 9

Town: Diez

NUTS code: DEB1A Rhein-Lahn-Kreis

Postal code: 65582

Country: Germany

Contact person: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

E-mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telephone: +49 2619701-0

Fax: +49 2619701-444

Internet address(es):

Main address: <http://www.LBBnet.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <http://www.vergabe.rlp.de>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <http://www.vergabe.rlp.de>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

Economic and financial affairs

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

18 D 0511 – Burgruine Burgschwalbach, Bauliche Umsetzung eines Gastrokonzepts u. Revitalisierung der Burganlage, Fachplanung Technische Ausrüstung, Anl.Gr. 1-3 u. 7 gem. Teil 4 Abschn. 2 HOAI

II.1.2.

Main CPV code

71000000 Architectural, construction, engineering and inspection services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfassen die Fachplanung Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 1-3 u. 7 gemäß Teil 4 Abschnitt 2 HOAI für die baul. Umsetzung eines Gastronomiekonzeptes u. die Revitalisierung der Burganlage, Leistungsphasen (LPH) 2-9 (aufgr. von Eigenleistungen des Auftraggebers (AG) in Teilbereichen Wegfall von Teilleistungen von Grundleistungen, LPH 4 nur für Anl.Gr. 3) gem. § 55 HOAI ergänzt durch Besondere Leistungen, insbes.:

- Leerrohrplanung mit bes. Aufwand: Denkmalschutz/Außenbereich,
- Mitwirkung bei Detailplanungen mit bes. Aufwand, z. B. Darstellung von Wandabwicklungen in hochinstallierten Bereichen z. B. Küche,
- Prüfen u. Werten von Nebenangeboten,
- Mitwirken bei der Prüfung von bauwirtschaftl. begründeten Angeboten,
- Überwachen der Mängelbeseitigung innerh. der Verjährungsfristen.

Die Leistungsphasen 2-3 bzw. 4 werden direkt vergeben. Die Beauftragung der LPH 5-9 erfolgt optional (siehe Ziffer II.2.11)

II.1.5. Estimated total value**II.1.6. Information about lots**

This contract is divided into lots: no

II.2. Description**II.2.2. Additional CPV code(s)**

71300000 Engineering services, 71321200 Heating-system design services, 71321300 Plumbing consultancy services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEB1A Rhein-Lahn-Kreis

Main site or place of performance: Burgschwalbach

II.2.4. Description of the procurement

Die Burgruine Burgschwalbach liegt oberhalb des Örtchens Burgschwalbach (Rhein-Lahn-Kreis). Die Burganlage aus dem 14. Jahrhundert wurde bis in die 1730er Jahre genutzt, danach dem Verfall preisgegeben. Mitte des 19. Jahrhunderts begann die touristische Nutzung der Anlage mit Instandsetzungsarbeiten und dem Betrieb einer Gastronomie. Die letzten größeren Umbaumaßnahmen wurden in den 1980er Jahren durchgeführt. Gegenwärtig ruht der Gastronomiebetrieb, an der Bausubstanz werden Instandsetzungs- und Sicherungsmaßnahmen durchgeführt.

Künftig soll in der Burganlage wieder eine Gastronomie betrieben werden. Im Rahmen eines Gutachtens wurden als Nutzungskonzept eine kleine Tages- und Ausflugsgastronomie sowie flexibel nutzbare Veranstaltungsräume vorgeschlagen. Auch Teile der Außenbereiche sollen für eine gastronomische Bewirtschaftung entwickelt werden.

Das Land Rheinland-Pfalz hat einen architektonischen Planungswettbewerb ausgelobt, in dem konkrete Vorschläge für eine architektonische Umsetzung des Nutzungskonzepts erarbeitet und zugleich Aussagen für die Gestaltung der Freiflächen innerhalb der Burg getroffen werden sollen. Ziel ist insgesamt die Schaffung eines attraktiven und qualitätsvollen touristischen

Anziehungspunktes im nördlichen Rheinland-Pfalz, der zugleich der Geschichte und historischen Bedeutung der Burganlage Rechnung trägt.

Baumaßnahmen im Bereich der technischen Gebäudeausrüstung, Anl.Gr. 1-3 u. 7:

- Rückbau der kompletten, abgängigen Bestands-Installationen Heizung, Lüftung, Sanitär
- Rückbau der kompletten küchentechnischen Anlagen inkl. der zugehörigen Kälteanlagen, Kühlräume, Kühlzellen

- Technische Ausrüstung – komplette Neuinstallation Heizung, Lüftung, Sanitär und nutzungsspezifische Anlagen unter Beachtung der weiteren Neuinstallationen (insbesondere im Bereich Elektrotechnik) sowie den besonderen Anforderungen an den Denkmalschutz.

Der AN stellt gem. RL Bau Abschnitt F eine Haushaltsunterlage-Bau (HU-Bau) auf.

Nach Freigabe der HU-Bau erstellt der AN insbesondere die Ausführungsplanung (LPH 5), die Leistungsbeschreibungen mit Leistungsverzeichnissen (LPH 6), wirkt bei der Vergabe mit (LPH 7), übernimmt die Bauüberwachung und Dokumentation während der Ausführung (LPH 8) sowie die Objektbetreuung (LPH 9).

Bei der Planung, Ausschreibung und Bauausführung sind die gültigen Gesetze u. Vorschriften nach dem Stand der Technik und die Regelungen der RL Bau zu beachten.

Darüber hinaus sind bei Planung, Ausschreibung und Bauausführung die besonderen Anforderungen an den Denkmalschutz zwingend zu beachten. Historisch überkommene Bauteile dürfen durch die Baumaßnahme nicht beeinträchtigt werden. Neuzeitliche Ergänzungen des 19. und 20. Jahrhundert dürfen jedoch überplant werden. Dies bedeutet unter anderem eine erhöhte Sorgfalt bei Planung, Ausschreibung und Bauausführung sowie Abstimmung mit den anderen Beteiligten (z.B. Architekt und andere Fachplaner sowie Behörden) bzgl. des Denkmalschutzes.

Die geschätzten Gesamtbaukosten (KG 200-600 DIN 276) betragen ca. 2 800 000 EUR brutto, davon KG 400 ca. 960 000 EUR brutto.

Zusammenstellung der terminlichen Vorgaben:

Vorlage Bauunterlage: Januar 2020

Bauausführung: März 2021 – Oktober 2023

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 48

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach Prüfung der Vollständigkeit der nach III.1.1) bis III.1.3) vorzulegenden Erklärungen und Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen Bewertungsmatrix, welche in den Vergabeunterlagen („Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb“) aufgeführt und näher erläutert ist. Folgende Eignungskriterien werden gewertet: Jahresumsatz im Bereich Fachplanung Technische Ausrüstung Anl.Gr. 1-3 u. 7, Beschäftigtenzahl, Zahl der Fach- und Führungskräfte der Fachrichtung Versorgungstechnik, Anzahl und Qualität der Referenzen, Maßnahmen zur Qualitätssicherung.

Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Verhandlung aufgefordert. Bei Punktgleichheit von mehr als 5 Bewerbern entscheidet das Los über die Teilnahme am weiteren Verhandlungsverfahren.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Der AG behält sich eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen entsprechend RBBau-Vertragsmuster vor. Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Grundleistungen der Leistungsphasen nach § 55 HOAI gliedern sich wie folgt: Leistungsstufe 1 (LPH 2, 3 und 4), Leistungsstufe 2 (LPH 5 und 6), Leistungsstufe 3 (LPH 7), Leistungsstufe 4 (LPH 8) und Leistungsstufe 5 (LPH 9). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Leistungen besteht nicht.

Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abrufen. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Zu Ziffer II.2.7) Laufzeit des Vertrags:

Die genannte Vertragslaufzeit beinhaltet nicht die Dauer von 4 Jahren für den Anspruch auf Mängelbeseitigung gem. § 13 Abs. 4 VOB/B

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Vorlage eines aktuellen Auszugs aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister oder in Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert.

Erklärung, ob die in den §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes und § 19 des Mindestlohngesetzes).

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Als Nachweis ist mit dem Bewerbungsbogen vorzulegen: eine aktuelle Versicherungspolice einer Berufshaftpflichtversicherung oder eine schriftliche Erklärung der Versicherung ohne Vorbehalte und nicht älter als 2 Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen.

Der Auftragnehmer/die Arbeitsgemeinschaft muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt.

Bei einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherung aller ARGE-Mitglieder vorgelegt werden, wenn gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE mitversichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE enthalten ist.

Erklärungen des Bewerbers (Einzelunternehmen bzw. Bewerbergemeinschaft) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV über den Jahresumsatz im Bereich Fachplanung Technische Ausrüstung, Anl.Gr. 1-3 u. 7. Die Jahresumsätze der Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft bzw. der benannten Nachunternehmer, welche die Leistungen tatsächlich erbringen, werden aufaddiert.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers/der Arbeitsgemeinschaft mit einer Deckungssumme von mind. 1 500 000 EUR für Personenschäden und von mind. 500 000 EUR für sonstige Schäden bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers.

Der allgemeine Jahresumsatz brutto im Bereich Fachplanung Technische Ausrüstung, Anl.Gr. 1-3 u. 7 der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre muss im Durchschnitt mind. 100 000 EUR pro Jahr betragen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Zum Nachweis der fachlichen Eignung hat der Bewerber Nachweise und Erklärungen gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 1, 2, 3, 6, 8, 9, 10 VgV einzureichen. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Fach- und Führungskräfte sind gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 2 und 6 VgV namentlich zu benennen und mit beruflicher Qualifikation anzugeben:

- der Projektleiter,
- der Bauleiter.

Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind nachzuweisen. Für den Bewerber/das Unternehmen, den Projektleiter und den Bauleiter sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, die in den letzten 10 Jahren erbracht wurden und die geforderten Mindeststandards erfüllen. Referenzobjekte des Bewerbers/des Unternehmens und des Projektleiters finden nur insoweit Berücksichtigung als mit der LPH 3 nach dem 1.12.2008 begonnen wurde und bis zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist (s. Ziff. IV.2.2)) mind. die LPH 8 (Objektüberwachung) oder die Bauausführung abgeschlossen ist. Referenzobjekte des Bauleiters finden nur insoweit Berücksichtigung als mit der LPH 6 nach dem 1.12.2008 begonnen wurde und bis zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist (s. Ziff. IV.2.2)) mind. die LPH 8 (Objektüberwachung) oder die Bauausführung abgeschlossen ist.

Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben über ein Projektdatenblatt abzugeben:

- a) Kurzbezeichnung der Baumaßnahme;

- b) Auftraggeber mit Name und Anschrift;
- c) Nutzfläche der Maßnahme (NF nach DIN 277);
- d) erbrachte Leistungsphasen;
- e) Zeitraum der Leistungserbringung (von/bis);
- f) Rechnungswert (Honorar, netto).

Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten 3 Jahren sowie die Zahl seiner Fach- und Führungskräfte in der Fachrichtung Fachplanung Versorgungstechnik ersichtlich ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV).

Der Bewerber hat eine Erklärung beizufügen aus der ersichtlich ist, über welche Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung er verfügt (§ 46 Abs. 3 Nr. 9 VgV)

Der Bewerber hat die Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu beschreiben (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV) und anzugeben, welche Teile des Auftrages er unter Umständen als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt und – soweit bekannt – die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu nennen (§§ 46 Abs. 3 Nr. 10, 36 VgV).

Minimum level(s) of standards possibly required:

Der Projektleiter muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor oder Master) oder eine vergleichbare Berufszulassung in der Fachrichtung Versorgungstechnik oder einer vergleichbaren Fachrichtung und eine Berufserfahrung von mind. 3 Jahren nach Studienabschluss in der genannten Fachrichtung nachweisen.

Der Bauleiter muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor oder Master) oder mind. einen Abschluss als staatlich geprüfter Techniker oder eine vergleichbare Berufszulassung in der Fachrichtung Versorgungstechnik oder einer vergleichbaren Fachrichtung und eine Berufserfahrung in der Bauleitung (Baustellenpraxis) von mind. 3 Jahren nach Studien-/Berufsabschluss in der genannten Fachrichtung nachweisen.

Für die Referenzprojekte gelten folgende Mindestanforderungen:

1) Bewerber/das Unternehmen

Mind. 1 Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung der versorgungstechnischen Anlagen (LPH 3 u. 5-8 gem. § 55 HOAI) für den Umbau und/oder die Modernisierung eines historischen Gebäudes bzw. eines Gebäudeteils mit historischer Bausubstanz. Es ist nicht zwingend erforderlich, dass das Referenzgebäude unter Denkmalschutz steht;

2) Projektleiter

Mind. 1 Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung der versorgungstechnischen Anlagen (LPH 3 u. 5-8 gem. § 55 HOAI) für den Umbau und/oder die Modernisierung eines historischen Gebäudes bzw. eines Gebäudeteils mit historischer Bausubstanz. Es ist nicht zwingend erforderlich, dass das Referenzgebäude unter Denkmalschutz steht;

3) Bauleiter

Mind. 1 Referenzen über die Ausschreibung und Objektüberwachung der versorgungstechnischen Anlagen (LPH 6-8 gem. § 55 HOAI) für den Umbau und/oder die Modernisierung eines historischen Gebäudes bzw. eines Gebäudeteils mit historischer Bausubstanz. Es ist nicht zwingend erforderlich, dass das Referenzgebäude unter Denkmalschutz steht.

Die Referenzen des Büros, des Projektleiters und des Bauleiters dürfen identisch sein.

Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten 3 Jahren muss mind. 2 Beschäftigte betragen.

Die durchschnittliche jährliche Zahl seiner Fach- und Führungskräfte der Fachrichtung Versorgungstechnik in den letzten 3 Jahren muss mind. 2 Beschäftigte betragen.

Für die Ausführung des Auftrags sind EDV-Schnittstellen zum Datenaustausch von CAD-Zeichnungen (mind. DXF u. DWG) und Leistungsverzeichnissen (mind. GAEB 1990) erforderlich

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular profession Reference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Teilnahmeberechtigt sind nach § 75 VgV natürliche Personen, die nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden. Ein entsprechender Nachweis ist vorzulegen.

Juristische Personen oder Bewerbergemeinschaften sind teilnahmeberechtigt, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen nennen, der die vorgenannten Anforderungen erfüllt.

Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der benannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU, gewährleistet ist. Sofern die Anerkennung der Berufsqualifikation nicht in der vorgenannten Richtlinie geregelt ist, muss eine Bescheinigung einer autorisierte Stelle über die Anerkennung in Deutschland vorgelegt werden

III.2.2. Contract performance conditions

Die Teilnahme von Bewerbergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten (siehe Bewerbungsbogen zum Teilnahmewettbewerb).

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 09/01/2019 Local time: 23:59

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

1) Bewerbergemeinschaften (BGen)

BGen, die sich erst nach der Einreichung des Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BGen sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen.

Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden.

Bei BGen sind nur ein Projektleiter und ein Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen.

2) Eignungsleihe (§ 47 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

3) Unteraufträge (§ 36 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. – soweit bekannt – die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag im Bewerbungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

4) Vergabeunterlagen/Teilnahmeantrag

Für den Teilnahmeantrag sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare bzw. die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zu verwenden u. bei der unter Ziffer I.1) angegebenen Kontaktstelle vollständig ausgefüllt, elektronisch in Textform (§ 126b BGB) u. in

deutscher Sprache über den Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) www.vergabe.rlp.de einzureichen. Die Unterlagen sind im Projektraum im Bereich „Teilnahmeanträge“ hochzuladen.

Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Bewerbungsbogen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an der dafür vorgesehenen Stelle der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bewerber die Eigenerklärung abgibt.

Der Teilnahmeantrag muss die im Bewerbungsbogen geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Teilnahmeanträge/ Bewerbungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen.

5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb

Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem VMP RLP www.vergabe.rlp.de zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Angebote od. Teilnahmeanträge (vgl. Ziff. IV.2.2) heruntergeladen u. Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP.

6) Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den VMP RLP www.vergabe.rlp.de

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postal address: Stiftsstraße 9

Town: Mainz

Postal code: 55116

Country: Germany

E-mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telephone: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

Internet address: <http://www.mwwlw.rlp.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften,

1) die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen;

2) die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

VI.5.

Date of dispatch of this notice

27/11/2018